

Deutschlandsberger Volksstimme



Informationsblatt der steirischen KPÖ – Österreichische Post AG/Postentgelt bar bezahlt

Ausgabe Nr. 26 - 4/2021

Zeitung der KPÖ Deutschlandsberg

Dezember 2021

Deutschlandsberger Gemeinderat bekennt sich zum Erhalt der GKB Antrag der KPÖ einstimmig angenommen

Den Erhalt der GKB forderte KPÖ-Gemeinderat Walter Weiss in der Gemeinderatssitzung am 24. November. Einstimmig beschloss der Gemeinderat eine Resolution an das Umweltministerium und die Landesregierung.

Die GKB wird zwar als Privatbahn geführt, befindet sich aber im Staats-

eigentum. Im Bund gibt es den Plan, die Infrastruktursparte der GKB in den ÖBB aufgehen zu lassen. „Sollte dies wirklich so umgesetzt werden, wäre das der Anfang vom Ende der GKB“, warnt KPÖ-Gemeinderat Walter Weiss und betont: „Die Bahn ist einer der wichtigsten Arbeitgeber der Region. Weil Ministerin Gewessler keine Standortgarantie abgibt, ist zu befürchten, dass viele engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter künftig in den Großraum Graz oder gar nach Villach auspendeln müssen. Ich bin froh, dass der Gemeinderat die Wichtigkeit unserer Bahn erkennt“, so Weiss.

Da die Eisenbahnliberalisierung der EU immer weitere Auswüchse annimmt, befürchtet Weiss auch, dass die GKB eventuell schon bald nicht mehr für den öffentlichen Verkehr in der Weststeiermark zuständig sein wird. „Einen ersten Vorgeschmack könnte es schon im nächsten Jahr geben, wenn der Busbetrieb in unserer Region neu ausgeschrieben werden muss. Weil das EU-weit zu erfolgen hat, könnte es sein, dass ausländische Billiganbieter hier das Rennen machen. Ähnliches droht bei der Bahn – vor allem wenn man nicht mehr ›Herr im eigenen Haus‹ ist“, befürchtet Weiss.



Sozialsprechstunde mit LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

und KPÖ-Gemeinderat Walter Weiss

Mi. 15.12.21,
10:00-12:00
im Cube85
Poststraße 3,
Deutschlandsberg.

Wir bitten Voranmeldung
unter 0316 877 5101 (Frau Gruber)

*Besinnliche Weihnachten und
ein gesundes Neues Jahr*

wünschen Gemeinderat Walter Weiss
und die KPÖ Weststeiermark

KPÖ



Schaffung weiterer Behindertenparkplätze und günstigeres Klimaticket für SPÖ und ÖVP nicht dringlich

Wo im Deutschlandsberger Stadtgebiet weiterer Bedarf für Behindertenparkplätze besteht, wollte die KPÖ überprüfen lassen und stellte einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag.

Walter Weiss: „Die Pandemie hat uns alle in unserer Mobilität eingeschränkt. Menschen mit Behinderung haben solche Einschränkungen aber oft ihr Leben lang. Als Bezirkshauptstadt sollten wir hier deshalb eine Vorbildrolle einzunehmen. Die kürzlich erfolgte Abflachung der Gehsteigkanten ist ein erster sinnvoller Schritt. Gut wäre es, wenn man jetzt hier weitermachen würde.“ SPÖ und ÖVP sehen das anders und lehnten die Dringlichkeit ab.

Klimaticket des Landes

Ein weiterer Antrag forderte eine **Zuzahlung** der Stadtgemeinde zum ab Jänner erhältlichen **Klimaticket des Landes**. Ursprünglich von den Grünen im Bund als Ticket um einen Euro pro Tag für ein Bundesland angekündigt, sollen die Steirerinnen und Steirer nun 588 Euro dafür bezahlen. „Auch wenn das eine Erleichterung für viele Pendlerinnen und Pendler darstellt, ist trotzdem unverständlich, wieso das steirische Ticket das zweitteuerste in ganz Österreich sein wird“, erklärt Weiss.



Kommunalpolitische Arbeit lebt von den Anregungen, die an einen herangetragen werden. Sollten sie ein Anliegen haben oder uns auf etwas aufmerksam machen wollen, melden Sie sich bei uns!

Tel. 0681/1078 3346

E-Mail: walter_weiss@kpoe-steiermark.at

Gemeinsam ist man stärker als allein.

Um den öffentlichen Verkehr wirklich attraktiv zu machen, müsste man die Kosten für die Fahrgäste noch viel weiter senken. Die Stadt Graz hat noch unter dem ÖVP-Bürgermeister Nagl beschlossen, hier eine Zuzahlung zu leisten. Auch diese Anliegen war für SPÖ und ÖVP nicht dringlich. Der Punkt wurde nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

Im Verkehrsausschuss sollen die Themen trotzdem behandelt werden. „Die zwei großen im Gemeinderat hängen sich so gern am Wort „dringlich“ auf. Dabei sollte jedem Menschen, der die Gemeindeordnung gelesen hat, klar sein, dass ein „Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung“ wie die tatsächliche Bezeichnung lautet, „nicht nur das Recht jedes Gemeinderats, sondern auch für kleine Fraktionen die einzige Möglichkeit ist, Themen in das Gremium einzubringen“, schüttelt Walter Weiss über die parteipolitische Taktikerei von SPÖ und ÖVP den Kopf. „Die guten Ideen der Opposition werden oft zuerst versenkt und dann nach einiger Zeit wieder ausgegraben und als eigene Ideen ausgegeben. Aber die Leute sind schlau genug und durchschauen diesen Etikettenschwindel.“

Ausweitung des Heizkostenzuschusses soll geprüft werden

Der vierte Antrag der KPÖ aus dieser Sitzung forderte die Erhöhung des städtischen Heizkostenzuschusses (derzeit 100 Euro, ausbezahlt in Deutschlandsberg-Gutscheinen) und die Ausweitung der BezieherInnengruppe, welche bisher nur Ausgleichszulagen-bezieherInnen umfasst.

Obwohl von Seiten der SPÖ, vor allem von der Vorsitzenden des Sozialausschusses Stadträtin Zerha, große Ablehnung für eine Ausweitung kundgetan wurde, wurde der Antrag trotzdem dem Sozialausschuss zur Bearbeitung zugewiesen. Walter Weiss: „Ich war über die Debattenführung von Seiten der SPÖ schockiert. Anstatt dass man offen an dieses wichtige Thema herangeht, wurde auf Zynismus und Lächerlichmachen gesetzt. Tatsache ist jedoch, dass immer mehr Menschen vor der Entscheidung stehen, ob sie Miete, Strom oder Heizung bezahlen sollen. Für viel zu viele ist das normale Leben nicht mehr leistbar: Eine Entwicklung die sich durch die „Ökosoziale“ Steuerreform noch verschärfen wird. Zum Glück

wird das Thema trotzdem behandelt werden, wenn auch ohne die angedachte zeitliche Frist bis Dezember. Ich werde mich jedenfalls weiter dafür einsetzen, dass Deutschlandsberg eine sozialere Stadt wird.“

Nachtragsvoranschlag und Räumliches Leitbild – Keine Zustimmung der KPÖ

Die zwei weiteren großen Themen der Sitzung waren der Beschluss für den Nachtragsvoranschlag 2021 und das in einem Arbeitskreis ausgearbeitete Räumliche Leitbild. Beide fanden nicht die Zustimmung der KPÖ. Gemeinderat Weiss argumentierte dies beim Nachtragsvoranschlag damit, dass Budgets immer in Zahlen gegessene Politik seien. Konsequenterweise kann es daher keine Zustimmung der KPÖ geben.

Was das räumliche Leitbild betrifft, so wurde dieses zwar in einem großen Rahmen ausgearbeitet, für solch ein komplexes Thema war die Vorbereitung, im Gegensatz zum Flächenwidmungsplan in der letzten Periode, aber unzureichend. Die KPÖ schloss sich hier deswegen der Argumentation der Grünen an, dass viele, gerade in Hinblick auf den Klimawandel und für den Ortsbildschutz wichtige Punkte außen vor gelassen wurden.



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger, Herstellung und Druck: KPÖ-Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. F.d.Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. E-Mail: a.fuchs@kpoe-steiermark.at

Offenlegung: Die Deutschlandsberger Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark – dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltschutzbundes, UW-Nr.944, 8720 Knittfeld



In Graz gab es eine große Demo des Pflegepersonals. Die Pflegekrise hat in der Steiermark besorgniserregende Ausmaße angenommen, vor allem Pflegekräfte fehlen. Dies führt zu Überlastungen, Bettensperren, vermehrten Krankenständen und vorzeitigem Berufsausstieg.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Die Debatte im Landtag hat gezeigt, dass keine Bereitschaft besteht, an diesem System, das für das Pflegepersonal immer schwerer zu ertragen ist, etwas zu ändern. Dafür wird weiter viel Geld in die Subventionierung gewinnorientierter Einrichtungen gesteckt, statt es dort zu investieren, wo es dem Personal und den pflegebedürftigen Menschen nützt.“

Auch in **Deutschlandsberg** hat das Gesundheitspersonal des LKH demonstriert. Gefordert werden mehr Personal, eine adäquate Entlohnung, verbesserte Arbeitsbedingungen, mehr Freizeit und eine rasche sowie eine grundlegende Ausbildungsform, um nicht noch weiter in die gefährliche Versorgungskrise zu schlittern.

Elke Kahr KPÖ



Glaubwürdigkeit kann man wählen

Bürgermeisterin Elke Kahr

Graz. Elke Kahr ist nach dem Wahlsieg der KPÖ am 17. November zur Bürgermeisterin von Graz gewählt worden. Ihr Ziel ist es, die Landeshauptstadt freundlicher, sozialer, ökologischer und demokratischer zu machen.

Elke Kahr: „Wenn jemand fragt, was jetzt in Graz anders wird, dann ist meine Antwort: Unser Blick auf viele Fragen wird nicht ein Blick von oben sein, sondern auch ein Blick von unten.“

Kommentar

**KPÖ-Gemeinderat
Walter Weiss**

*Liebe Deutschlandsbergerin!
Lieber Deutschlandsberger!*



Teuerungswelle

Die Teuerungswelle rollt über unser Land. Das merken die Leute bei jedem Einkauf. Und die Regierung tut nichts dagegen.

Offiziell liegt die Inflationsrate schon bei 4,3 Prozent. Angetrieben wird die Teuerung vor allem von den stark gestiegenen Treibstoff- und Energiepreisen.

Schon beim Abschluss der Kollektivverträge sind die Lohn- und Gehaltserhöhungen deutlich unter der Inflationsrate. Das bedeutet: Unser Lebensstandard wird sinken. Nun steht auch noch der Winter bevor und viele Mitmenschen müssen sich fragen, wie sie ihre Heizrechnungen bezahlen sollen. Gleichzeitig gibt es Unternehmen, die ihre Gewinne ins Unermessliche steigern können.

Im Land haben SPÖ und ÖVP Verbesserungen beim Heizkostenzuschuss jedoch auf die lange Bank geschoben und auch in unserer Stadtgemeinde wird man sich dieses wichtigen Themas erst im kommenden Jahr annehmen. Bis es zu einer Umsetzung kommt, ist die Heizperiode wahrscheinlich schon längst vorbei.

Die finanziellen Probleme der Menschen können aber nicht warten.

Ihr KPÖ-Gemeinderat Walter Weiss

PS: Sollten Sie ein Anliegen haben, schreiben Sie mir eine E-Mail an:

walter_weiss@kpoe-steiermark.at

oder hinterlassen Sie mir eine Nachricht mit Namen und Telefonnummer unter 0681/107 83346.

KPÖ



KLEIN, aber MIT BISS

*Die Regierung ist am Ende.
Sie will es nur noch nicht wahrhaben.*

Was uns AUF- und EINFÄLLT...

fürchtet
euch nicht!
KPO

...dass nach dem Rücktritt bei der KAGES eine **Umorientierung der steirischen Gesundheitspolitik** notwendig ist. Claudia Klimt-Weithaler: „Die steirische Spitalslandschaft war im vergangenen Jahrzehnt von einer beispiellosen Ausdünnung der Infrastruktur und der Versorgung vor allem im ländlichen Raum geprägt. Lange Wartezeiten, Personal-mangel und eine immer größere Belastung der sind keine guten Voraussetzungen für eine positive Weiterentwicklung

der Gesundheitsversorgung in unserem Bundesland.“

...dass in unserer Stadt noch mehr Flächen versiegelt werden, demnächst auch durch das **Bauprojekt** in der Hörbin-gerstraße.

... dass man mit 55% des Einkommens nicht 100% der Ausgaben bestreiten kann Das kann sich nicht ausgehen. Deshalb fordert die Initiative **Arbeitslosengeld RAUF**, die Ersatzrate auf mindestens 70%

des letzten Nettolohns zu erhöhen. Die KPO Steiermark unterstützt dieses Volksbegehren.

...dass sich der Abschluss des **Bahnhofumbaus** noch verzögern wird. Der Grund: Es gibt Lieferschwierigkeiten beim Lift.

...dass die **Regierung** in der Coronakrise gar kein gutes Bild abgibt.

...dass es im **LKH Deutsch-landsberg** bald eine neue **Palli-ativstation** gibt. Allerdings hört

man aus der Belegschaft, dass Gynäkologie und Chirurgie wieder vor Bettenkürzungen stehen. Der Stadtgemeinde sind diese Umstände nicht bekannt. Der Gesundheitsausschuss wird sich allerdings mit dem Thema beschäftigen. Das ergab eine Anfrage von KPO-Gemeinderat Walter Weiss.

UVP-Skandal betrifft auch Koralmstausee

Der Korruptionsverdacht bei den Umweltverträglichkeitsprüfungen des Landes Steiermark betrifft auch den Fall des Pumpspeicherkraftwerks auf der Koralm. Die KPO fordert eine rasche Aufklärung.

„Bei vielen genehmigten Großprojekten der vergangenen Jahre hat sich gleich die Frage gestellt, wie diese überhaupt genehmigungsfähig sein können. Die Enthüllungen machen es nötig, dass einige Verfahren überprüft und im Zweifel neu aufgerollt werden“, meinte

LAbg. Werner Murgg (KPO) im Landtag bei Bekanntwerden der Vorwürfe gegen die verantwortlichen Beamten der Abteilung 13 (Umwelt und Raumordnung) des Landes Steiermark. Sie sollen Projektwerbern bei UVP-Verfahren „geholfen“ haben, indem deren Gutachten ohne Prüfung und Beurteilung zu Genehmigung weitergereicht wurden, statt, wie vorgeschrieben, eine unabhängige Prüfung vorzunehmen.

Die Forderung der KPO: Es braucht mehr Personal und bessere interne Kontrollmechanismen, um zu verhindern, dass so viele Großprojekte ohne weitere Kontrolle von lediglich zwei Personen genehmigt werden können. Sämtliche Genehmigungen bei Umweltverträglichkeitsprüfungen der letzten Jahre müssen nun überprüft und nötigenfalls neu aufgerollt werden. Das gilt auch für Koralmprojekt.

EU-Rechnungshof-Chef trickst beim Wohngeld

Man ist beim Thema EU und finanzielle Selbstbedienung einiges gewohnt. Die französische Zeitung Liberation hat jetzt aber aufgedeckt, dass auch der Präsident des EU-Rechnungshofes Klaus-Heiner Lehne unter Korruptionsverdacht steht.

Er soll es sich selber beim Wohngeld „gerichtet“ haben. Obwohl er ein Monatsgehalt von 24.000 Euro bezieht, teilt er sich am Sitz des Rechnungshofes eine Art „Briefkastenwohnung“ mit drei Kabinettsmitarbeitern und ist dort fast nie anwesend. Die EU zahlt hohen Funktionären wie Lehne

Wohnbeihilfen von 15 Prozent des Einkommens. Er kassierte samt Umzugshilfe von 40.000 Euro seit Dienstantritt 2014 in Luxemburg 325.000 Euro, nur fürs Wohnen zuzüglich zu seinem Gehalt.

Für ihn sind die steigenden Wohnkosten kein Problem.



Pensionserhöhung ungenügend:

Die Pensionserhöhung – drei Prozent bis 1000 Euro und zumindest 1,8% für alle anderen wird das **Sinken des Lebensstandards für die Senioren** nicht aufhalten.

Die Inflation liegt schon über vier Prozent und steigt weiter. Heizen, Strom und Gas werden besonders schnell teurer. Wer weiß, wie hoch die Inflationsrate im kommenden Jahr sein wird?



ARBEITSLOSENGELD RAUF!
Jetzt das Volksbegehren unterstützen!

www.arbeitslosengeld-rauf.at